

Phänomen Massenmigration

Über unverblünten Wirtschaftsnationalismus und die Paradoxien der Migrationsdebatte

Günther Moewes

Seit 25 Jahren wird die Globalisierung kritisiert, unter anderen von mir. Vor allem, weil sie die Vielfalt von Natur und Kultur zerstört. Vielfalt ist eine Frage der Dimension. Nicht der globale Einheitsbrei mit dem punktuell überall gleichen Gemisch bedeutet Vielfalt, sondern die größtmögliche Unverwechselbarkeit von Regionen, Landschaften, und zugehörigen Bauweisen. Wobei sich letztere durch größtmögliche Vermeidung umweltschädlicher Transporte und weitest mögliche Berücksichtigung regionaler Materialien und Gegebenheiten auszeichnen müssten. Weiter wurde beschrieben, wie die Globalisierung vor allem durch ein internationales Meinungskartell aus Kapitalmärkten, Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, Thinktanks, Mainstream- und Instituts-Ökonomen, Weltwirtschaftsforum, Leitmedien und Lifestyle-Protagonisten betrieben wird. Immer zugunsten der Kapitaleseite und immer zulasten von Umwelt und Bevölkerungen, den sogenannten „Globalisierungs-Verlierern“ (Lit.). Meine Texte wurden meist als zu links kritisiert. Heute hat die Rechte zumindest die These vom „Meinungskartell der Eliten“ übernommen. Wie kommt das?

Die Kategorien rechts und links seien überholt, hieß es spätestens seit Gerhard Schröders abfälligen Satz über die „Gesäßgeographie“. Der alte Sprachgebrauch, wonach links gleich progressiv und rechts gleich konservativ sei, war sowieso schon immer problematisch. Wenn der Zeitgeist restaurativ ist und die Welt sich rückwärts dreht, ist der Konservative, der sich nach alten, fortschrittlicheren Zeiten zurücksehnt, unter Umständen der Progressivere. Und umgekehrt. Ähnlich war es mit den Begriffen „bevölkerungsliberal“ und „wirtschaftsliberal“. In der Bonner Republik war dieser Gegensatz geringer als heute. Hamm-Brücher und von Lambsdorff konnten in der gleichen Partei sein.

Heute sind beides Gegensätze. Daran wäre die FDP fast kaputt gegangen.

Dennoch erklären diese direkten Soziologen Andreas Reckwitz glaubt heute, an die Stelle von rechts/links sei der Gegensatz zwischen „Kosmopoliten und Kommunitariern“ getreten. Früher war das alles einmal – wie so manches – klarer: Links war, wer Reformen zugunsten der Schwachen und Benachteiligten wollte. Rechts war, wer Privilegierte begünstigen wollte, (weil er glaubte, sie seien der Motor des Fortschritts) und das dann als „Reform“ auszugeben versuchte. Und die Mitte war und ist da, wo man sich weder für Arme noch für Reiche einsetzte, sondern einfach glaubte, wenn nur das Primat der Wirtschaft gelte, sei das gut für alle.

Mitte ist bequemer Mittelstand. Er bröckelt von Wahl zu Wahl. Nicht nur, weil die Konzentrationsmechanismen des Kapitals global und national immer mehr Superreiche und Superarme produzieren, sondern auch, weil er die Dimension noch nicht begriffen hat, in der sich die Superreichen auch seinen Wohlstand aneignen. Letzten Endes zu Lasten der Zukunft unseres Globus.


Es ist unsinnig, anzunehmen, dass die Ungleichverteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeit auf dem Weg über die Globalisierung überwunden werden kann. Globale Beweglichkeit und Organisierbarkeit ist eine Ureigenschaft des Kapitals und nicht der Bevölkerungen. Mobilität von Bevölkerungen war und ist vor allem wirtschaftlich erzwungenen Massenmigration. Heute ist sie zu meist Absicht und Folge des allzu beweglichen Kapitals. Man muss deshalb unterscheiden zwischen einem unsolidarischen Nationalismus, der sich gegen die jeweils anderen Länder richtet, und einem solidarischen, der sich gegen die Übermacht und die Auswüchse des globalen Kapitals wendet. Der erste wird unter dem Mäntelchen eines prinzipiell unsolidarischen Wettbewerbs durch

den neoliberalen Wirtschaftsnationalismus verkörpert. Das Kapital kann jedoch nur mit dem letzteren zur Vernunft gebracht werden, solange die sich ihm unterwerfenden Regierungen ebenfalls national agieren. Ein solcher solidarischer Nationalismus würde den alten Rechts-Links-Gegensatz aufheben.

In der Migrations-Debatte gehen nicht nur die alten Rechts-Links-Koordinaten durcheinander, sondern auch vieles andere. Vor allem irritiert, dass Kriegs- und politisch Verfolgte mit Wirtschaftsflüchtlingen und Arbeitsmigranten beharrlich in einen Topf geworfen werden. Ersteren Asyl zu gewähren, wird von Grundgesetz und Genfer Flüchtlingskonvention gefordert und ist darüber hinaus gewissermaßen Ehrensache. Nun behauptet die Bundesjustizministerin sogar, der Migrationspakt und sein Prinzip „Reguläre Migration fördern“ gelte ausdrücklich nur für Wirtschafts- und Arbeitsmigranten. Flüchtlinge seien dagegen Gegenstand des noch in Arbeit befindlichen UN-Flüchtlingspakts (s. Zitat Nr. 3). Sie verwechselt da wohl Massenmigration mit Individualreisen der Eliten. Auch zwei Drittel der vermeintlich antikapitalistischen Linkspartei wollen offene Grenzen „für alle“, also ausdrücklich auch für Wirtschafts-, Arbeitsmigranten und Fachkräfte. Ob sie noch nicht gemerkt haben, dass diese Enteignung und Schwächung der ärmeren Herkunftsländer genau im Interesse des Konzern-Kapitals ist (s. Zitat Nr. 12)? Dessen Interesse ist unverblümter Wirtschaftsnationalismus. D. h. unter dem Begriff „Globalisierung“ allen Schrott der Welt möglichst im eigenen Land herstellen. Möglichst hoher Transportaufwand und möglichst negative Handelsbilanzen und Arbeitslosigkeit für die jeweils anderen. Alles zu Lasten von Umwelt Klima und künftigen Generationen. Letzteres hat offenbar nicht einmal unsere Öko-Partei erkannt. Sie fordert fröhlich in einem der dichtbesiedeltesten Länder: Stopp des

Landschaftsraubes, bezahlbare Mieten und offene Grenzen für alle. Alles gleichzeitig. Das Boot sei noch nicht voll. Ob das wohl funktioniert?

„Was lässt sich aus der Einwanderung in die USA“ im 19. Jahrhundert heute „für Deutschland lernen?“ fragte der SPIEGEL 40/18 in einer Überschrift auf S. 46. Meine Antwort: Dass Deutschland heute 72-mal so dicht besiedelt ist wie die

USA damals, zehn Mal so dicht wie die USA heute, fünf Mal so dicht wie Schweden und doppelt so dicht wie Frankreich. Von den weltweit am dünnsten besiedelten Ländern wie Kanada und Australien ganz zu schweigen. Überlegungen zu objektiven Kriterien wie Besiedlungsdichte, bereits aufgenommene Migranten, Ressourcenvorkommen, Sozialprodukt usw. spielen jedoch im Migrationspakt keinerlei Rolle. 

Zum Autor

Prof. Günther Moewes



Er vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet „Industrialisierung des Bauens“ und sagte die Finanzkrise seit 1997 voraus.

Ihre Ursache sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden.

Bücher und Schriften: „Weder Hütten noch Paläste“ (1995), „Geld oder Leben“ (2004), „Dilettantismus oder Komplizenschaft“ (2012), „Arbeitswende“ (2013).

Webseite:

<http://www.guenthermoewes.de>

Literatur:

Schütze, Chr.: Das Grundgesetz vom Niedergang. Arbeit ruiniert die Welt. München, Wien 1989

Moewes, G.: Weder Hütten noch Paläste. Architektur und Ökologie in der Arbeitsgesellschaft. Basel Boston Berlin 1995

Moewes, G.: Arbeit ruiniert die Welt. Humane Wirtschaft 01/2018 – ferner u. a. die Titel 64, 72, 80, 98, 169, 174, 183, 184 <http://www.guenthermoewes.de/veroeff.htm>

Zitate:

- 1.) „Wir wollen die Erleichterung der regulären Migration“ (*UN-Migrationspakt, Originaltext*)
- 2.) „Ziel des UN-Migrationspaktes ist es, eine sichere und geordnete Migration zu fördern...Das schaffen wir nur, wenn wir mit den afrikanischen Ländern eng zusammenarbeiten“. (*EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos, Die Welt, 3. 12. 18, S. 6*)
- 3.) Aus einem Streitgespräch zwischen Bundesjustizministerin Katarina Barley und dem emeritierten Hamburger Rechtsphilosophen Prof. Reinhard Merkel in der Süddeutschen Zeitung, 8. 12. 18, S. 6: Merkel: „Als sein Fundament behauptet der Pakt, Migration sei, wenn sie nur regulär ablaufe, ein Segen für die Menschheit“. SZ: „Frau Barley, in der Tat: Genau so kann man den Pakt lesen.“ Barley: „Sie negieren all die Migration, die wir brauchen und auch haben wollen...zum Beispiel zum Arbeiten, zur Ausbildung, oder auch aus Liebe...Ich wünsche mir doch für meine Söhne, dass sie in den USA studieren, in Singapur arbeiten und sich in Brasilien oder Senegal verlieben können.“ Merkel: Das „apodiktisch auch für jede Massenmigration zu behaupten, ist Unsinn...Wer etwa sieht, dass Frauen in Schweden in 60 großstädtischen Gebieten abgeraten wird, dorthin zu gehen...“
- 4.) „Das sind schon sinnvolle Schritte...Nicht unproblematisch ist, dass der Pakt einen etwas allzu einseitig positiven Tonfall zugunsten Migration hat und die Probleme – insbesondere für jene, die unfreiwillig ihre Heimat verlassen müssen und den Verlusten der gut ausgebildeten Arbeitskräfte – weitgehend verschweigt.“ (*Theo Rauch, Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeographie, FU Berlin, Neues Deutschland, 10. 12. 18, S. 2*)
- 5.) „Dieser Migrationspakt ist einäugig. Er verspricht den Migranten vieles und lockt sie. Er schaut aber nicht darauf, was am Zielort geschieht. Bei uns in Neukölln denken die Leute weniger an Afrika als daran, wovon sie bis zum nächsten Ersten leben sollen.“ (Neuköllns Ex-Bürgermeister Heinz Buschkowsky, Bild, 4. 12. 18, S. 2)
- 6.) „Daraus werden Handlungsverpflichtungen für die Staaten abgeleitet, ohne zu sehen, dass hinter diesen auch deren Bürger stehen, mit eigenen Menschenrechten.“ „Information...ist keine Holschuld der Abgeordneten, sondern eine Bringschuld der Regierung“. (*Der Göttinger Völkerrechtler Prof. Frank Schorkopf, SPIEGEL 49/1. 12. 18, S. 44/45*)
- 7.) „Man hätte den Pakt viel stärker und früher offen diskutieren müssen...Wenn derartige Projekte nicht diskutiert werden, führt das zu einer gesellschaftspolitischen Vergiftung“ (*Initiative von CDU- und FDP-nahen Professoren. Die Welt, 29. 11. 18, S. 4*)
- 8.) „Ich finde es beschämend, dass es die AfD gewesen ist, die ihn (den Pakt) zur Befassung in den Bundestag gezwungen hat“ (*Rechtsphilosoph Prof. Reinhard Merkel, im o.a. Gespräch in der Süddeutschen Zeitung, 8. 12. 18, S. 6*)
- 9.) Der Migrationspakt ist seit Monaten und Jahren öffentlich beraten worden...Die AfD-Fraktion hatte Gelegenheit, mit nach New York zu den UN zu fahren“ (*Justizministerin Barley, Süddeutsche Zeitung, 8. 12. 18, S. 6*)
- 10.) „Die Redner der Regierungsparteien sind auf einmal in der unangenehmen Lage, eine Vereinbarung in höchsten Tönen loben zu müssen, die für sie selbst nur ein Kompromiss ist“ (*Die Zeit, 29. 11. 18, S. 4*)
- 11.) „Dass der Migrationspakt nicht rechtsverbindlich ist, bedeutet nicht, dass er wirkungslos bleibt. Das wird insbesondere an der im Entwurf vorgesehenen Einrichtung eines ‚Überprüfungsforums Internationale Migration‘ der UN-Generalversammlung deutlich.“ (*Der Mannheimer Staatsrechtler Prof. Jan H. Klement, Bild, 3. 12. 18, S. 2*)
- 12.) „Die Aufnahmegesellschaften werden als potenziell erziehungsbedürftig angesehen...Solidarität hat eine andere Qualität gegenüber politisch Verfolgten und Flüchtlingen als gegenüber denjenigen, die...hier für sich eine bessere materielle Existenz suchen...Ich würde dem Pakt so nicht zustimmen.“ (*Prof. Matthias Herdegen, Direktor an den Instituten für Völkerrecht und öffentliches Recht der Universität Bonn und CDU-Mitglied im Interview durch Stefan Aust und Helmar Büchel, Welt am Sonntag 27. 11. 18*)
- 13.) „In den Verhandlungen zum UN-Migrationspakt konnten sich Länder wie Deutschland durchsetzen, die einerseits auf ein Weiter-So ihrer verheerenden Flüchtlings- und Migrationspolitik setzen und zum anderen auf eine erleichterte Enteignung ...durch Abwerbung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern.“ (*Die in ihrer Partei in der Minderheit befindliche Linken-Abgeordnete Sevim Dagdelen, die als einzige Bundestags-Abgeordnete an den Verhandlungen zum Migrationspakt in New York teilgenommen hatte, in einem Positionspapier zusammen mit der Linken-Abgeordneten Heike Hänsel*).
- 14.) „Konkret enthält der Vertrag die Empfehlung an die Staaten, <unter voller Achtung der Medienfreiheit> einerseits eine <unabhängige, objektive und hochwertige Berichterstattung> zu fördern und andererseits eine allfällige öffentliche Finanzierung von Medien, <die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern>, einzustellen.“ (*Neue Zürcher Zeitung, 30. 11. 18, S. 13*)
- 15.) „Auf die Dauer kann Deutschland nur als Einwanderungsland überleben...Die bürokratische Vorprüfung, ob nicht auch ein Arbeitnehmer aus Deutschland oder dem EU-Ausland infrage käme, entfällt bis auf Weiteres“ (*Frankfurter Rundschau über das Fachkräftezuwanderungsgesetz, 21. 11. 18*)